



Niederschrift

63. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.02.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:25/21:25 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Kai Weber	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	bis 20:48 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	bis 21:18 Uhr
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz	Behindertenbeirat	
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4
-------------------	-------------------------------------

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Georg Bittcher	DIE aNDERE	nicht teilgenommen
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen

sachkundige Einwohner

Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Rudi Wiggert	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann	Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (zu TOP 4.2, 4. 5, 4.6, 4.7 und 4.10)
Frau Holtkamp	Bereich Verbindliche Bauleitplanung (zu TOP 4.8)
Frau Rudolph-Henning	Bereich Verkehrsanlagen (zu TOP 4.1 und 5.1)
Frau Reinicke	Bereich Verkehrsanlagen (zu TOP 4.4 und 4.9)
Herr Weise	Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen (zu TOP 4.3)
Herr Frerichs und Herr Wollmann	Bereich Wirtschaftsförderung (zu TOP 4.5 und 4.6)
Herr Beese	Architekturbüro Tschoban Voss (Rederecht zum TOP 4.2)
Herr Yurdakul	Gesellschaft für Planung (Rederecht zum TOP 4.7)
Frau Baumgart	Betroffene (Rederecht zum TOP 4.10)

Niederschrift:

Frau Viola Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.01.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Fehlende Beleuchtung und fehlende Gehwegbereiche im Triftweg fertigstellen; hier: Ergebnis der Anliegerbeteiligung
Vorlage: 17/SVV/0880
Fraktion CDU/ANW

- KOUL, SBV (ff), OBR Groß Glienicke
(Wiedervorlage)
- 4.2 Bebauungsplan Nr. 37 A "Potsdam-Center", 2. Änderung, Teilbereich Ehemalige
Wagenhalle, Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0892
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Rücküberweisung)
- 4.3 Haushaltssatzung 2018/2019 (2. Lesung)
- 4.3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
(Wiedervorlage)
- 4.3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
(Wiedervorlage)
- 4.3.3 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
(Wiedervorlage)
- 4.4 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam in der Qualitätsgemeinschaft
städtischer Straßen e.V. (QGS)
Vorlage: 17/SVV/0925
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.5 Bebauungsplanverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124
"Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Vorlage: 17/SVV/0970
Fraktion DIE LINKE
- 4.6 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich- Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Vorlage: 18/SVV/0025
Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
- 4.7 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher
Universitätscampus Griebnitzsee" 19/17
(1. Lesung)
Vorlage: 18/SVV/0008
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL
- 4.8 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark", 1. Änderung, Teilbereich
Am Feldlerchenwinkel, Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-
Änderung "Nördlich In der Feldmark" 20/17
(1. Lesung)
Vorlage: 18/SVV/0005
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Golm
- 4.9 Fehlende Beleuchtung am Glienicker Mühlenberg Ecke Ulrich-Steinhauer-
Straße
Vorlage: 18/SVV/0024

- Fraktion CDU/ANW
- 4.10 Nahverkehrsumstieg BUS 605 zur Regionalbahn am Bahnhof Park Sanssouci absichern
Vorlage: 18/SVV/0057
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Ergebnisse der Anliegerbeteiligung zum Ausbau der Leipziger Straße
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.01.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 23.01.2018 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Rederechte:

Folgende Anträge auf Rederecht liegen dem Ausschussvorsitzenden vor:

- Zu TOP 4.2 Bebauungsplan Nr. 37 A "Potsdam-Center", 2. Änderung, Teilbereich Ehemalige Wagenhalle, Aufstellungsbeschluss 17/SVV/0892 von Herrn Beese (Architekturbüro Tschoban Voss)
- Zu TOP 4.7 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee" 19/17 18/SVV/0008 von Herrrn Yurdakul (Gesellschaft für Planung)

- Zu TOP 4.10 Nahverkehrsumstieg BUS 605 zur Regionalbahn am Bahnhof Park Sanssouci absichern 18/SVV/0057 von Frau Baumgart aus dem Ortsteil Eiche als betroffene Nutzerin des Nahverkehrs.

Zur Tagesordnung bittet der Ausschussvorsitzende den TOP 4.10 auf ca. 19.30 Uhr vorzuziehen, da Frau Baumgart am nächsten morgen früh aufstehen muss, um zur Arbeit zu gelangen.

Weitere Hinweise zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Gegen die Gewährung der Rederechte erhebt sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind.

Von Frau Hüneke ist die Bitte geäußert worden in öffentlicher Sitzung über die Abrissanzeigen für die Schwimmhalle und das ehemalige Gebäude „Minsk“ zu informieren. Seitens der Verwaltung wurde aufmerksam gemacht, dass dies unter dem Vorbehalt der Entscheidung der politischen Gremien stehen würde.

Herr Rubelt bestätigt diese Ausführungen dahingehend, dass die Abrissanzeige vorbehaltlich einer Beschlussfassung des Hauptausschusses stehe.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Fehlende Beleuchtung und fehlende Gehwegbereiche im Triftweg fertigstellen;

hier: Ergebnis der Anliegerbeteiligung

Vorlage: 17/SVV/0880

Fraktion CDU/ANW

KOUL, SBV (ff), OBR Groß Glienicke
(Wiedervorlage)

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) sowie der Ortsbeirat Groß Glienicke den Antrag bereits zur Beschlussfassung empfohlen haben.

Frau Rudolph-Henning (Bereich Verkehrsanlagen) berichtet, dass der Wunsch aus dem Ortsbeirat bekannt war, so dass die Planung zur Herstellung des westlichen Gehweges und der Beleuchtungsanlage im Abschnitt zwischen der

Potsdamer Chaussee und dem bestehenden Gehweg (Lückenschluss) bereits vorgenommen werden konnte. Bei diesem Vorhaben besteht die Beitragspflicht nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Am 16.1.2018 ist eine Anliegerversammlung durchgeführt worden. Die Anhörung der Anlieger ist erfolgt; die Anhörungsfrist endete am 8.2.2018.

Von insgesamt 12 Anliegern haben sich 5 Anlieger gegen den Bau ausgesprochen. Von 7 Anliegern ist keine Äußerung erfolgt, so dass sich im Ergebnis keine Mehrheit gegen die Baumaßnahme ausgesprochen hat.

Die Baumaßnahme kann jetzt ausgeschrieben werden und spätestens im Sommer beginnen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die fehlende Beleuchtung und die fehlenden Gehwegbereiche im Triftweg bis Herbst 2018 fertigstellen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 37 A "Potsdam-Center", 2. Änderung, Teilbereich Ehemalige Wagenhalle, Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0892
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Rücküberweisung)**

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass diese Vorlage bereits in der Dezembersitzung im Ausschuss behandelt worden ist und dort mit einer Ergänzung (Beschränkung in der Höhe des Baukörpers) zur Beschlussfassung empfohlen worden ist.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) bestätigt die Einführung des Ausschussvorsitzenden. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr hat den Aufstellungsbeschluss in seiner Sitzung am 12. Dezember 2017 beraten und mit einem Ergänzungsantrag befürwortet, der darauf hinausläuft, dass der Baukörper eine Höhe von 15,50 m nicht überschreiten darf.

Im Rahmen der fortschreitenden Planung wurden detaillierte Beratungen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde sowie dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege (BLDAM) hinsichtlich der denkmalverträglichen Ausgestaltung

des Projektes vorgenommen und es sind Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen erfolgt, so dass die Verwaltung im Ergebnis gebeten hat, die Vorlage in den Ausschuss zurück zu überweisen.

Anhand einer Präsentation, die der Niederschrift beigelegt wird, geht Herr Goetzmann auf den überarbeiteten Entwurf ein. Das Votum des Bauausschusses aufgreifend, wurde von Seiten des Vorhabenträgers unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit vorgeschlagen, den Baukörper niedriger und dafür länger zu gestalten, um die Bauvolumina zu sichern.

Seitens des BLDAM ist jedoch deutlich geäußert worden, dass es im Kern zwei Aspekte gibt, die für den Denkmalschutz eine Rolle spielen:

- die Frage der Minimierung bzw. des Eingriffs in die Denkmalsubstanz, das heißt, der Substanzverlust ist so gering wie möglich zu halten
- sowie die Einbindung in die Umgebungssituation

Der Vorschlag des Vorhabenträgers bedeute jedoch einen größeren Eingriff in die denkmalgeschützte Bausubstanz, so dass sich das Votum des Bauausschusses und das Ergebnis des Landesamtes für Denkmalpflege konträr gegenüber stehen.

Aus dem Blickwinkel der Verwaltung wird der Bauausschuss gebeten den Ergänzungsantrag aus der Dezembersitzung noch einmal zu überdenken.

Herr Beese (Architekturbüro Tschoban Voss - Wettbewerbssieger) erhält das Wort und geht anhand einer Präsentation auf den Entwurf ein. Er erläutert, dass der Platz des Bahnhofsgeländes durch den Neubau gerahmt wird. Die Höhe des Neubaus mit 18,27 m vermittelt zwischen dem Bahnhofsgebäude mit einer Höhe von 19 m und der Wohnbebauung im Osten mit 17,39 m. Herr Beese ergänzt, dass der Wettbewerbsbeitrag das wirtschaftlich notwendige Raumprogramm umsetzt und das minimal notwendige Volumen darstellt. Eine Verschattung des Gleises ist durch den Abstand zur Gleisanlage nicht zu erwarten. Der Vorplatz würde sich vergrößern. Öffentliche Nutzungen für Ausstellungen im Bereich des Haupteinganges sowie ein Restaurant wären möglich und würden einen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder wird aufmerksam gemacht, dass der Ergänzungsantrag nur auf die Reduzierung der Höhe des Baukörpers ausgerichtet gewesen sei, nicht jedoch auf eine Verlängerung des Baukörpers. Zudem wäre es wünschenswert gewesen, die Informationen in Vorbereitung der Ausschusssitzung zu erhalten, um sich in den Fraktionen zu beraten. Die Frage der Wirtschaftlichkeit sollte näher untersetzt werden.

Frau Reimers äußert, dass sie bereits im Dezember Bedenken hinsichtlich der Reduzierung der Höhe hatte, da dieser Ort durchaus auch ein Geschoss mehr vertragen würde. Die Öffnung der Wagenhalle, wie von Herrn Beese vorgestellt, sei eine gute Lösung, so dass sie der Rücknahme des Ergänzungsantrages

zustimmen könne.

Herr Jäkel berichtet, dass er teilweise an dem Gutachterverfahren teilgenommen habe. Zielstellung sei der weitestgehende Erhalt der denkmalgeschützten Halle, so dass er dem Vorschlag des Vorhabenträgers folgen könne. Es bestehe jedoch der Wunsch, sparsam im Umgang mit den Dachaufbauten vorzugehen. Diese sollten aus der Fußgängersicht nicht sichtbar sein.

Herr Rubelt merkt an, dass überlegt werden müsse, wie das Denkmal als hohes Gut erhalten werden kann. Welche Bedingungen sind dafür notwendig und wie kann die Umsetzung erfolgen.

Herr Goetzmann macht deutlich, dass in der Bewertung der Wettbewerbsentwürfe neben dem Erhalt der Wagenhalle auch die Überlegung der wirtschaftlichen Nutzung ein zu beachtender Aspekt gewesen sei. Es wird nur realisiert, was am Ende auch realisiert werden kann. Die Entscheidung steht der Stadtverordnetenversammlung frei. Die Verwaltung hat die Verantwortung darüber, die Entscheidungsträger über die entscheidenden relevanten Erkenntnisse zu informieren.

Herr Eichert stellt den Geschäftsordnungsantrag, auf die Frage der Wirtschaftlichkeit im nicht öffentlichen Teil der Sitzung näher einzugehen und die Beratung im öffentlichen Teil solange zurückzustellen.

Für den GO-Antrag spricht Herr Kirsch: Der Standort sei richtig, jedoch nähere Informationen erforderlich.

Gegen den GO-Antrag spricht Frau Reimers und macht aufmerksam, dass ein Denkmal für den Eigentümer auch zumutbar sein müsse, da er ansonsten einen Abrissantrag stellen könne.

Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass entsprechende Aussagen in der heutigen Sitzung nicht gegeben werden können. Konkrete Aussagen zur Wirtschaftlichkeitsberechtigung können nur durch den Vorhabenträger erfolgen, so dass er an der vorgeschlagenen nicht öffentlichen Sitzung teilnehmen müsste.

Dem GO-Antrag auf Behandlung im nicht öffentlichen Teil der nächsten Sitzung wird mit 4/2/1 zugestimmt. Die Teilnahme des Vorhabenträgers wird zugelassen.

zu 4.3 Haushaltssatzung 2018/2019 (2. Lesung)

Herr Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) unterbreitet das Angebot auf Rückfragen Stellung zu nehmen.

zu 4.3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
(Wiedervorlage)

Herr Jäkel informiert, dass man sich in seiner Fraktion zu den Haushaltsfragen verständigt habe und er es unfair fände, die vorhandenen Ideen nicht frühzeitig für die Beratungen zur Verfügung zu stellen. Er verweist hier auf die vorbereitete Tischvorlage, welche vier Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE enthält und geht im Einzelnen darauf ein.

- „Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 – Sanierung von Spielplätzen:
2018: zusätzlich 100.000 Euro für die Sanierung des Kinderspielplatzes in der Drewitzer Straße und 2019: zusätzlich 70.000 Euro für die Sanierung des Kinderspielplatzes Hebbel-/Ecke Leiblstraße einzustellen.

- „Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019- **Fonds für die Sicherung von Kleingärten:**
Der Fonds für Flächenankauf durch die Stadt wird von 1.000.000 Euro um 250.000 Euro auf 1.250.000 Euro erhöht.
Davon werden 80.000 Euro für die Sicherung von Dauerkleingärten zur Verfügung gestellt.

- „Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 – Bürgerhaus Potsdam West:
Unter der Voraussetzung der Installierung einer stabilen Trägerkonstruktion für den Charlottenhof/Scholle 34, vereinbart mit der Schlösserstiftung, stellt die Stadt für 2018: 100.000 Euro und für 2019: 100.000 Euro für den Charlottenhof (Bürgerhaus) zur Verfügung.

- „Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 – Sanierung Vereinsheim Fortuna Babelsberg:
Für die Sanierung und Erweiterung des Vereinsheims von Fortuna Babelsberg werden mit dem Haushalt 2018 **20.000 Euro** für die Erarbeitung der Planungsstudie und 2019 für die vorbereitende Planung und für erste Umsetzungsmaßnahmen **100.000 Euro** bereitgestellt.“

Herr Jäkel teilt mit, dass alle Anträge von der Fraktion noch mit den entsprechenden Deckungsquellen untersetzt werden.

Frau Hüneke benennt die wichtigen Themen, die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Form von Anträgen für die Haushaltsdebatte vorbereitet werden:

- Beschleunigung des Radschnellwegeausbaus nach Krampnitz und Werder; Stärkung des Bereiches in der Vorbereitung
- Planungswerkstätten mit öffentlicher Beteiligung zu folgenden Bereichen: Waldstadt, Griebnitzsee und Zentrum Ost

- Verschiedenes für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Herr Eichert (Fraktion CDU/ANW) regt an, die innerstädtische Lückenschließung bei den Radwegen in den Vordergrund zu stellen.

Herr Kirsch (Fraktion BürgerBündnis) appelliert darauf, mehr Geld in die Instandsetzung und den Erhalt der Straßen und Wege zu stecken.

Frau Reimers informiert, dass von der Fraktion SPD zu folgenden Themen Anträge vorbereitet worden sind.

- andere Prioritäten bei Straßenbau und Gehwegsanierung; Zielstellung mehr innerstädtische Gehwege zu sanieren.
- Herstellung eines Kinderspielplatzes im Ortsteil Uetz
- die Bockwindmühle im Ortsteil Fahrland

Der Ausschussvorsitzende bittet die geäußerten Anregungen in Anträge zu fassen und sich gegenseitig zur Kenntnis zu geben.

Die Ausschussmitglieder werden gebeten ihre Anträge an die Ausschussbetreuerin zu übermitteln, so dass sie zur Beratung am 27.02.2018 allen Ausschussmitgliedern vorliegen.

Die Behandlung der Drucksache 17/SVV/0951 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 4.3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
(Wiedervorlage)

Die Behandlung der Drucksache 17/SVV/0952 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 4.3.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
(Wiedervorlage)

Die Behandlung der Drucksache 17/SVV/0953 wird auf die nächste Sitzung

vertagt.

**zu 4.4 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam in der
Qualitätsgemeinschaft städtischer Straßen e.V. (QGS)
Vorlage: 17/SVV/0925**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Reinicke (Bereich Verkehrsanlagen) bringt die Vorlage ein und führt aus, dass der Bau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur unter dem Anspruch der wachsenden Kommune und damit verbundenen Verkehrsbelastungen immer größeren Anforderungen ausgesetzt sind. Mit der Einführung eines qualifizierten Systems und der Verleihung des entsprechenden Qualitätssiegels an Bauunternehmungen werden Auftraggeber in die Lage versetzt, alle Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Auftragnehmer/Unternehmen auf Erfüllung zu prüfen. So sind beispielsweise die entsprechenden Anforderungen, speziell im Natursteinhandwerk, eindeutig formuliert. Das Vorhalten entsprechender Technik und die Qualifikation des eingesetzten Personals werden durch Qualitätsbeauftragte des QGS vor Ort geprüft und durch Baustellenkontrollen ergänzt. Die Mitgliedschaft der Stadt Potsdam im QGS ist ein Zeichen für das gestiegene Qualitätsbewusstsein des Straßenbaulastträgers.

Frau Reinicke ergänzt, dass die Berliner Wasserbetriebe bereits seit mehreren Jahren mit diesem Prüfsiegel arbeiten und geht auf einzelne Rückfragen der Ausschussmitglieder ein.

Herr Rubelt ergänzt auf Nachfrage, dass die Frage der Mitgliedschaft der Landeshauptstadt der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam, vertreten durch den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, beantragt die Mitgliedschaft in der Qualitätsgemeinschaft städtischer Straßen e.V. (QGS).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.5 Bebauungsplanverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124

"Heinrich-Mann-Allee/Wetzlaer Bahn"

Vorlage: 17/SVV/0970

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.5 und 4.6 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam zu behandeln.

Herr Jäkel bringt den Antrag der Fraktion DIE LINKE 17/SVV/0970 ein, in welchem gebeten wird ein Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124 „Heinrich-Mann-Allee/Wetzlaer Bahn“ vorzubereiten, welches folgende Nutzungen ermöglichen soll:

1. Seniorenpflege- und Seniorenwohnheim mit medizinischer Tagespflege und betreute, barrierefreie Seniorenwohnungen mit Pflege- und Notfallassistenz (Grundstück GEe2),
2. Flächen für die Realisierung einer Kindertagesstätte mit 130 Plätzen (GEe3),
3. Gewerbehof (Grundstück GE 4).

Herr Eichert bringt den Antrag der Fraktion CDU/ANW 18/SVV/0025 ein, der sich inhaltlich mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE deckt. Jedoch wird hier nicht um die Umsetzung gebeten, sondern erst die Prüfung beantragt, um auf der Grundlage der Prüfergebnisse eine Entscheidung fällen zu können.

Herr Wollmann (Bereich Wirtschaftsförderung) verweist anhand einer Präsentation) auf das Ergebnis des Stadtentwicklungskonzeptes Gewerbe (STEK Gewerbe), welches von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist. Darin ist ein Gewerbeflächenbedarf bis 2020 in Höhe von 67 ha für Unternehmen und Betriebe, die Gewerbe- bzw. eingeschränkte Gewerbeflächen (GE-, GEe-Flächen) benötigen, festgeschrieben. Die Identifizierung von Potenzialen definieren sich in den P20-Flächen. Dabei handelt es sich um Flächen, die aufgrund ihrer Nutzungseigenschaften, ihres Zustandes, der preislichen Situation und planungsrechtlicher Aspekte besonders geeignet sind, in wichtigen Nutzungssegmenten den prognostizierten Gewerbeflächenzusatzbedarf in der Landeshauptstadt Potsdam bis 2020 bedienen zu können. Die Nachfrage ist weitaus höher als die Inanspruchnahme. Die in der Begründung des Antrages angesprochene fehlende Nachfrage als Begründung für den Leerstand kann nicht bestätigt werden.

Herr Frerichs (Bereich Wirtschaftsförderung) macht deutlich, dass die konsequente Sicherung als P20-Fläche für flächenbeanspruchendes Gewerbe erforderlich ist. Die Stadt könne nicht auf Flächen verzichten, die schon eine Einstufung als Gewerbegebiet haben. Sozialeinrichtungen, eine Kita und ein Ärztehaus bräuchten solche Einstufungen nicht und könnten anderswo untergebracht werden. Man dürfe nicht wirtschaftliche und soziale Interessen gegeneinander ausspielen. Einrichtungen für Betreutes Wohnen, Pflegewohnen und Kindertagesstätten benötigen keine GE bzw. GEe-Festsetzung. Herr Frerichs betont, dass GE- und GEe-Flächen ein unabdingbarer Bestandteil für die wirtschaftliche Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam seien und zur Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes beitragen. Dem Punkt 3 beider Anträge Gewerbehof könne gefolgt werden. Dies bedarf jedoch keiner Beschlussfassung.

Herr Kirsch sieht keinen Prüfbedarf und spricht sich dafür aus beide Anträge abzulehnen.

Herr Jäkel schlägt vor, beide Anträge zurückzustellen und zusammen zu fassen.

Frau Hüneke äußert, dass ein Festhalten an Gewerbeflächen wichtig sei, jedoch müsse sich auch ein Investor finden, der dies umsetzt.

Herr Eichert spricht sich ebenfalls für eine Zurückstellung aus.

Herr Jäkel bittet die Verwaltung in Vorbereitung der erneuten Behandlung dieser Anträge aufzubereiten, ob es in diesem Gebiet Defizite hinsichtlich Sozialeinrichtungen, Kita und Ärztehaus gibt und wenn ja, wo diese abgedeckt werden können.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr stimmt mit 6/0/0 einer Vertagung zu und richtet die Bitte an die Wirtschaftsförderung den Fraktionen eine entsprechende Argumentation im Vorgriff auf die **Behandlung am 13.03.2018** zuzuleiten.

Herr Weber ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich- Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Vorlage: 18/SVV/0025
Fraktion CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

Siehe TOP 4.5

zu 4.10 Nahverkehrsumstieg BUS 605 zur Regionalbahn am Bahnhof Park
Sanssouci absichern
Vorlage: 18/SVV/0057
Fraktion DIE LINKE

Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen.

Frau Baumgart (betroffene Bürgerin) nimmt das gewährte Rederecht wahr. Sie erläutert, dass sie im Ortsteil Eiche wohnt und die Buslinie 605 nutzt. Mit dem letzten Fahrplanwechsel haben sich jedoch die Umsteigebeziehungen erheblich erschwert, so dass sie 10 Minuten länger für den Weg zur Arbeit benötigen würde. Sie bedauert, dass es keine schnelle Verbindung nach Berlin gebe. Frau Baumgart ergänzt, dass es auch zeitgleiche Parallelverkehre der Busse 605 und 606 gebe, die sich ihr nicht erschließen.

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und führt aus, dass der Bus 605 originär dafür da war, den Anschluss der Eichener Anwohner/Anwohnerinnen an Potsdam und an den weiterführenden Regionalverkehr zu sichern. Dies ist jetzt erschwert und der Busverkehr nicht mehr attraktiv. Für den Umstieg von Eiche aus in die Regionalbahn ist nicht der Hauptbahnhof relevant, weil die Busfahrt dorthin erheblich länger dauert als zu den Bahnhöfen Park Sanssouci und Golm. Ziel des Antrages sei eine Nachjustierung des Fahrplans, um eine angemessene Umsteigezeit zu ermöglichen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) macht anhand der Schilderung der Anwohnerin deutlich, wie kompliziert die Aufstellung des Nahverkehrsplanes ist. Was für den einen Nutzer günstig ist, empfindet ein anderer Nutzer als ungünstig. Die Optimierung des Nahverkehrsplanes darf jedoch nicht aus dem Blickwinkel einer bestimmten Fahrbeziehung erfolgen. Der Hauptumsteigepunkt ist der Hauptbahnhof. Das Grundraster über alle Verkehrszeiten ist das Taktsystem der S-Bahn nach Berlin, so dass sich alle Verbindungen danach ausrichten. 10 Minuten in der Hauptverkehrszeit und 20 Minuten in der Nebenverkehrszeit. Zweiter Punkt ist der Anspruch das Straßenbahnnetz mit der Hauptlast zu betreiben und dort, wo Parallelverkehre sind, durch andere Nutzungen den Takt der Straßenbahn aufzufüllen, z.B. in der Zeppelinstraße. Es kann jedoch nicht jeder Anspruch gleichzeitig erfüllt werden.

Herr Jäkel erläutert, daß ein 20-Minuten-Takt auch so verknüpft werden kann, daß die einmal stündlich regelmäßig fahrenden Regionalbahnen RE 1 in Park Sanssouci und RB 21 in Golm erreicht werden können. Er hält an dem Antrag fest und bittet gemeinsam mit dem Verkehrsbetrieb zu prüfen, ob eine Nachjustierung des Fahrplanes des Busses 605 möglich sei um den Anschluss an die Regionalbahn an den am dichtesten zu Eiche liegenden Bahnhöfen zu ermöglichen.

Herr Dr. Naumann unterstützt den Antrag, da die Frage der Anschlusssicherung die ausschlaggebende Rolle spiele. Diese müsse gesichert sein.

Frau Hüneke macht aufmerksam, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag nicht um einen Prüfauftrag handelt.

Herr Weber regt die Umwandlung in einen Prüfauftrag an.

Herr Jäkel stimmt der Umwandlung in einen Prüfauftrag zu und stellt diesen als Ausschussvorsitzender in der folgenden geänderten Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Verkehrsbetrieb

dafür zu sorgen zu prüfen, wie dass der Fahrplan der Buslinie 605 schnellstmöglich so korrigiert wird werden kann, dass ein angemessener Umstieg in die Regionalbahnen am Bahnhof an den Bahnhöfen Park Sanssouci und Golm wieder gesichert wird.

Dabei gilt als Maßstab die Qualität der Umsteigebeziehung, so wie sie bis einschließlich November 2017 bestanden hat.

Dem Ausschuss für Stadtplanung, Bauen und Verkehr ist im Februar April 2018, der Stadtverordnetenversammlung im März Mai 2018 dazu zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.7 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher
Universitätscampus Griebnitzsee" 19/17
(1. Lesung)**

Vorlage: 18/SVV/0008

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein. Ziel des Bebauungsplans Nr. 160 „Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee“ ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung und Erweiterung des Bildungs- und Forschungsstandortes in Griebnitzsee. Südlich der Bahntrasse soll das Campusgelände bis zur August-Bebel-Straße erweitert werden; gleichlaufend soll auch der Standort nördlich der Bahntrasse an der Rudolf-Breitscheid-Straße baulich erweitert werden können. Anlass für die Planung in Griebnitzsee ist die gemeinsame Gründung einer Fakultät Informatik durch die Universität und das Hasso Plattner Institut (HPI) und die Erweiterungspläne des HPI um weitere Studienschwerpunkte am Standort mit der Zielstellung einer dauerhaften Stärkung des Wissenschaftsstandortes Potsdam. Synergieeffekte für das HPI und die Universität entstehen durch die gemeinsame Nutzung von Gebäuden und Räumen. Im Planverfahren wird ein Umweltbericht erarbeitet werden. Zu berücksichtigende Abwägungsbelange bestehen in der Inanspruchnahme von Waldflächen und deren Ausgleichserfordernis, der Wirkung des grünen Riegels entlang der S-Bahn-Trasse (Frischluffentstehung, klimatischer Ausgleich), dem Bauen im Umgebungsbereich von Baudenkmalen, den Schutzgütern, wie Fläche, Boden, Tiere und Pflanzen) und dem Sondergebiet Bildung und Forschung.

Eine Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren ist erforderlich, da der Bebauungsplan nicht aus dessen Darstellung „Wald“ entwickelt werden kann. Der zu erarbeitende Masterplan soll Ausgangsbasis für das Bauleitplanverfahren werden.

Herr Yurdakul, Gesellschaft für Planung Umwelt – Stadt – Architektur (GfP), nimmt das Rederecht wahr und geht als Beauftragter des HPI anhand einer Präsentation auf das städtebauliche Strukturkonzept zur Entwicklung des Standortes ein, wie die Funktionsbereiche, das Bebauungskonzept, die Bau- und

Freiräume, die Grünraumplanung, die städtebaulichen Betonungen, die Stellplatzanordnung.. Es ist beabsichtigt den Grundstein so zu legen, dass die weitere Entwicklung in den nächsten Jahren möglich ist.

Frau Hüneke teilt mit, dass ihre Fraktion keiner Änderung des Flächennutzungsplanes zustimmen möchte und beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Durchführung eines Werkstattverfahrens unter Beteiligung des HPI, der Universität, der Landeshauptstadt Potsdam und Vertretern der Politik. *(Der genaue Wortlaut liegt zur Niederschrift nicht vor.)*

Herr Goetzmann informiert auf Nachfrage, dass das Vorhaben im wirtschaftlichen Interesse des Vorhabenträgers liegt und die Verfahrenskosten, einschließlich der Planung und Verwaltungskosten, vom Vorhabenträger übernommen werden. Es ist beabsichtigt das Planverfahren mit der Priorität 1 durchzuführen. Die entsprechende Vorlage zur Prioritätensetzung der Bauleitplanverfahren befindet sich im Geschäftsgang. Die Flächen dieses Gebietes befinden sich im Eigentum der Hasso-Plattner-Stiftung mit Ausnahme der Erschließungsflächen.

Herr Jäkel begrüßt, dass diese Vorlage heute in erster Lesung behandelt wird. Aus seiner Sicht wird eine mehrmalige Behandlung im Ausschuss erforderlich sein. Die Notwendigkeit für den Eingriff in die Waldflächen und die Änderung des Flächennutzungsplanes könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt der ersten Vorstellung des Projektes nicht nachvollziehen und regt an, vor einem Aufstellungsbeschluss zu untersuchen, welche anderen städtebaulichen Möglichkeiten es gibt. Dem Antrag von Frau Hüneke könne er folgen. Derzeit ist er nicht bereit einem Verfahren zur FNP-Änderung zuzustimmen.

Herr Rubelt bittet den Masterplan als ersten Auftakt zur Diskussion zu verstehen. Ein Entwicklungsimpuls wird benötigt. Für den Waldcampus heißt es einen hohen Grünanspruch zu bewahren und nicht zu viel zu versiegeln. Zugleich macht Herr Rubelt aufmerksam, dass ein Ausgleich von Wald im städtischen Bereich ausgeschlossen ist. Zielstellung sei die Grünentwicklung vor Ort.

Herr Goetzmann geht auf die Frage von Ersatzpflanzungen ein und teilt mit, dass ein forstrechtlicher Ausgleich für die Waldumwandlung (forstwirtschaftliche Bilanz) in Potsdam nicht möglich sei. Hier gehe es um das Pflanzen von Setzlingen in ha.

Herr Eichert verweist darauf, dass es sich hier um den Aufstellungsbeschluss handelt und noch nichts Endgültiges vorgestellt wird. Insofern sei dies ein guter Beginn für die Diskussion.

Herr Kirsch erkundigt sich, ob auch hier das Potsdamer Baulandmodell in irgendeiner Art greift, da die Umwandlung von Wald in Bauland erfolgen soll.

Herr Goetzmann geht auf die wesentliche Elemente des Potsdamer Baulandmodells ein. Dies gilt für die Schaffung von Infrastruktur gebunden an die

Geschossflächen, die für Wohnen gebaut werden.

Herr Tomczak spricht sich ebenfalls für die Durchführung eines Werkstattverfahrens aus.

Frau Hüneke ergänzt ihren Antrag dahingehend, dass das Werkstattverfahren vor der Beschlussfassung des Aufstellungsbeschlusses durchgeführt werden sollte.

Herr Rubelt spricht sich für eine Einbindung aus, jedoch rät er davon ab, den Aufstellungsbeschluss aufzuhalten.

Die Behandlung der DS 18/SVV/0008 wird auf die Sitzung am 27.02.2018 vertagt.

zu 4.8 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark", 1. Änderung, Teilbereich Am Feldlerchenwinkel, Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Nördlich In der Feldmark" 20/17 (1. Lesung)

Vorlage: 18/SVV/0005

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Golm

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) informiert einleitend, dass sich zur Vorlage noch ein geringfügiger Änderungsbedarf in der textlichen Beschreibung des räumlichen Geltungsbereichs ergeben hat, so dass auf eine Teilfläche des Flurstücks 1411 verzichtet werden kann und ein entsprechendes Austauschblatt (siehe Tischvorlage) vorbereitet worden ist. Die Übersichtskarte mit der Darstellung des räumlichen Geltungsbereichs bedarf hingegen keiner Änderung. Zum Anlass der Planung informiert Frau Holtkamp, dass mit der Änderung der zwischenzeitlich formulierte Bedarf der Universität Potsdam nach Erweiterungsflächen für die Hochschulnutzung Rechnung getragen werden soll. Die zunehmende Nachfrage am Standort Golm steht im Zusammenhang mit diversen Standortverschiebungen, die u. a. Einrichtungen in Griebnitzsee betreffen. Die detaillierten funktionalen und städtebaulichen Zielvorstellungen für den Standort Golm werden im Rahmen des Verfahrens ermittelt und in den Kontext der umliegenden Planungen gestellt. Die vorgesehene Nutzung als Hochschulstandort weicht von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" ab. Zur städtebaulichen Ordnung und planungsrechtlichen Sicherung der Flächen für die Erweiterung der Universität Potsdam am Standort Golm soll daher im Änderungsverfahren im entsprechenden Teilbereich ein Sondergebiet "Hochschule" festgesetzt werden. Es sind neben den Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 129 keine nennenswerten Entwicklungspotenziale in Golm mehr vorhanden. Da eine Nutzung durch die Universität zudem nicht aus den Darstellungen des aktuell rechtsgültigen Flächennutzungsplanes entwickelt werden kann, soll dieser ebenfalls geändert werden. Die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt im Parallelverfahren für den Bereich "Nördlich In der Feldmark".

Frau Holtkamp ergänzt, dass sich der Ortsbeirat Golm in der nächsten Woche mit der Vorlage befassen wird, so dass auch zu diesem Punkt heute eine erste Lesung durchgeführt wird.

Frau Reimers erinnert, dass sie bereits in einer früheren Sitzung gebeten hat, neben dem Geltungsbereich des zu behandelnden Bebauungsplanes auch die angrenzenden Bebauungspläne darzustellen, so dass auch ein Überblick über die Bebauungspläne und ihre Festsetzungen im Umfeld ermöglicht wird.

Herr Eichert spricht den Maßnahmenplan Golm an und erkundigt sich, ob dieser Standort vorab als Standort für eine Stadtteilschule geprüft worden sei.

Herr Jäkel schließt sich der Bitte von Frau Reimers an und bittet künftig um Vorbereitung und Ausreichung von Plänen, die sich auch über das angrenzende Umfeld erstrecken.

Frau Holtkamp berichtet, dass der Maßnahmenplan Golm Gegenstand regelmäßiger Berichterstattungen der Verwaltung an die Stadtverordnetenversammlung ist. Hierzu ist außerdem ein Arbeitskreis mit Bürgerinnen und Bürgern und wichtigen Institutionen aus Golm eingerichtet worden, der regelmäßig den Fortschritt des Maßnahmenplans begleitet. Die Option für einen Schulstandort sei außerdem bereits Gegenstand des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 157 „Neue Mitte Golm“ gewesen.

Frau Holtkamp unterbreitet das Angebot für die nächste Sitzung einen Übersichtsplan über die Golmer Bebauungspläne zur Verfügung zu stellen, um die Standorte zu visualisieren.

Frau Hüneke verweist auf die intensive Arbeit im Arbeitskreis Golm und bittet einen Vertreter des Arbeitskreises zur nächsten Sitzung einzuladen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) rät dringlich davon ab, die klare Diskussionsstruktur zu vermischen. Die Kommunalverfassung gibt die Orientierung vor, in welcher der Ortsbeirat tätig wird. Die Entwicklung auf parallelen Stellen sei nicht hilfreich. Vielmehr sollten die Informationen beim Ortsbeirat gebündelt werden und in das Votum des Ortsbeirates einfließen.

Die Behandlung der DS 18/SVV/0005 wird auf die Sitzung am 27.02.2018 vertagt, so dass auch das Votum des Ortsbeirates Golm Berücksichtigung finden kann.

zu 4.9 Fehlende Beleuchtung am Glienicker Mühlenberg Ecke Ulrich-Steinhauer-

Straße
Vorlage: 18/SVV/0024
Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Frau Reinicke (Bereich Verkehrsanlagen) informiert, dass der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen in Zusammenarbeit mit der Stadtbeleuchtung Potsdam GmbH die Beleuchtungssituation vor Ort prüfen muss. Die Errichtung von Lichtpunkten innerhalb des öffentlich gewidmeten Straßenlandes kann nicht erfolgen, da sich auch das gewidmete Straßenland nicht im Eigentum der Stadt Potsdam befindet. Sollte eine Verdichtung der Anlage erforderlich sein, wird sich der Fachbereich mit dem Eigentümer des Flurstückes in Verbindung setzen. Über das Prüfergebnis wird die Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2018 unterrichtet werden.

Herr Eichert bedauert, dass das Prüfergebnis erst so spät vorgelegt werden soll.

Herr Rubelt verweist auf die Eigentumssituation und die Abhängigkeit vom Eigentümer. Sollte das Prüfergebnis früher vorliegen, wird die Verwaltung informieren.

Frau Hüneke regt die Umwandlung in einen Prüfauftrag an.

Der Ausschussvorsitzende stellt den vom Antragsteller geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die fehlende Beleuchtung am Glienicker Mühlenberg Ecke Ulrich-Steinhauer-Straße im OT Groß Glienicke bis ~~Herbst~~ **Anfang September 2018 fertigstellen zu lassen zu prüfen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Ergebnisse der Anliegerbeteiligung zum Ausbau der Leipziger Straße
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Rudolph-Henning (Bereich Verkehrsanlagen) erinnert an die Berichterstattung zum Umbau des Leipziger Dreiecks. Dafür notwendig ist auch der Ausbau der Leipziger Straße zwischen dem Leipziger Dreieck und der Leipziger Straße 55, auf welchen sie am Plan näher eingeht.

Die Maßnahme ist nach dem Kommunalabgabengesetz beitragspflichtig, so dass die Anhörung der Anlieger erfolgt ist. Von insgesamt 49 Anliegern haben 6 dem Vorhaben zugestimmt, 28 keine Äußerung abgegeben und sich 15 dagegen ausgesprochen. Damit gibt es keine Mehrheit gegen die Baumaßnahme, die Mitte Mai begonnen wird. Das Ende der Baumaßnahme ist spätestens im März 2019.

Die gezeigten Unterlagen (Plan und Anliegerbeteiligung) werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 6 Sonstiges

Keine

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift